



Inhaltsverzeichnis

23.02.2026	Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: OZ-Umfrage: Wirtschaftliche Lage ist größtes Problem im Land	3
20.02.2026	NDR: Atommülllager Asse: Suche nach Salzwasser - Bergleute entdecken Kluft	5
22.02.2026	Berliner-Kurier.de: Rückbau des Forschungsreaktors BER II in Wannsee verzögert sich weiter	6
21.02.2026	Barmstedter Zeitung: Streit um AKW-Rückbau spitzt sich zu	7
21.02.2026	Haldensleber Volksstimme: Wohin mit dem Atommüll?	9
20.02.2026	Elbe-Jeetzel-Zeitung Online: Bei Atommüll die Blaupause für die ganze Bundesrepublik	11

OZ-Umfrage: Wirtschaftliche Lage ist größtes Problem im Land

Jeder Vierte sieht sie kritisch / IHKs: Arbeitskosten belasten Unternehmen

Jeder Vierte in Mecklenburg-Vorpommern sieht die wirtschaftliche Lage laut einer Forsa-Umfrage kritisch. Die Arbeitskosten belasten laut IHKs die Unternehmen. Beim Thema Erhöhung des Mindestlohns sind die Befragten jedoch unterschiedlicher Meinung.

Die wirtschaftliche Lage im Land wird als eines der größten Probleme in Mecklenburg-Vorpommern gesehen. 26 Prozent der Wahlberechtigten, die die Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Februar im Auftrag der OSTSEE-ZEITUNG in einer repräsentativen Umfrage befragte, gaben dies an. Zum Vergleich: 2017 waren es 12 Prozent, 2025 schon 20 Prozent.

Es ist damit das meistgenannte Problem in der Umfrage. Dass die Wirtschaft vor vielen Herausforderungen steht, zeigt auch der Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern (IHK) im Land. Die Unternehmen agieren weiterhin vorsichtig, Investitionen werden zurückgestellt, Beschäftigung kaum aufgebaut, informiert die IHK zu Schwerin.

„Unsere Unternehmen haben seit Jahren mit ordentlichem Gegenwind zu kämpfen. Doch es handelt sich längst nicht mehr nur um eine konjunkturelle Winterstarre, sondern um eine strukturelle Lähmung“, sagt Matthias Belke, Präsident der IHK zu Schwerin.

„Politische Trägheit bei Reformen, eine überbordende Bürokratie und ständig steigende Kosten in Phasen hoher Belastungen riskieren unnötig den Wohlstand unseres Wirtschaftsstandortes. Es muss jetzt entschlossen gegengesteuert werden.“

Laut der Konjunkturumfrage bewertet rund die Hälfte der befragten 900 Unternehmen ihre Geschäftslage als befriedigend, 30 Prozent als gut und etwa 20 Prozent als schlecht. Zum Vergleich: Diese Ergebnisse haben sich gegenüber den beiden Vorjahresumfragen 2025 und 2024 kaum verändert.

Unter den Geschäftsrisiken stehen die Arbeitskosten an erster Stelle. So sehen 63 Prozent der Unternehmen hierin eine ernsthafte Belastung für ihre weitere geschäftliche Entwicklung. Der Mindestlohn werde immer wieder angesprochen, da er auch Auswirkungen auf nachfolgende Gehaltsgruppen habe, bestätigt Schwerins IHK-Geschäftsführerin Lisa Haus.

Der gesetzliche Mindestlohn wurde zum Jahreswechsel von 12,82 Euro auf 13,90 Euro pro Stunde erhöht und wird im Januar 2027 nochmals auf 14,60 Euro steigen. Ob das richtig ist - da gehen die Meinungen in MV auseinander.

47 Prozent der Wähler halten laut Forsa-Umfrage die Erhöhung des Mindestlohns in dieser Höhe für richtig. 45 Prozent halten das für falsch. Der Rest weiß es nicht. Während die Anhänger der SPD, der Linke, der Grünen und in geringerem Maße auch die Anhänger des BSW die vorgesehene Erhöhung des Mindestlohns mehrheitlich für richtig

halten, lehnen die Anhänger der CDU und der AfD diese Erhöhung ab.

Zwar sehen noch 15 Prozent der Befragten zu niedrige Löhne als größtes Problem in MV an, doch sind es weniger als noch 2023. Vor drei Jahren waren die Löhne das meistgenannte Problem (25 Prozent).

Doch nicht nur die wirtschaftliche Lage beschäftigt die Wähler. Der ÖPNV (24 Prozent), die Bildungspolitik (23 Prozent), die Lage am Arbeitsmarkt (22 Prozent) oder die Vernachlässigung des ländlichen Raums (18 Prozent) sind weitere Probleme, die genannt wurden. Interessant: Bürokratie und Sicherheit/Kriminalität wurden erstmals als Probleme bezeichnet (beide jeweils 4 Prozent).

Die Gewährleistung von Sicherheit und die Bekämpfung von Kriminalität nennen hingegen 46 Prozent der Befragten als landespolitische Priorität, um die sich die Landesregierung kümmern sollte.

Wichtiger sind jedoch Schul- und Bildungspolitik (87 Prozent) und die Gesundheitsversorgung im Land (80 Prozent). An dritter Stelle steht die Förderung der Wirtschaft (69 Prozent). Diese hat im Vergleich zum vergangenen Jahr an Bedeutung gewonnen (plus 9 Prozentpunkte).

Wörter:	575	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	Anja Levien	Auflage ¹ :	15.722 (gedruckt)
	tmt6qi3kzdm47k3les2f3l		18.561 (verkauft)
Seite:	14		20.129 (verbreitet)
Ressort:	Mecklenburg-Vorpommern	Reichweite ² :	0,04382 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

Atommülllager Asse: Suche nach Salzwasser - Bergleute entdecken Kluft

20. Februar 2026 10:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bergleute haben bei Untersuchungen des alten Salzbergwerks oberhalb des Atommülllagers Asse im Landkreis Wolfenbüttel eine Kluft entdeckt. Durch sie strömt offenbar Salzwasser in tiefere Bereiche.

Die Entdeckung der Kluft sei ein "interner Meilenstein", teilte der Betreiber des Atommülllagers Asse, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), mit. Denn jahrzehntelang wurde Salzwasser knapp 100 Meter über den Atommüllkammern aufgefangen. Doch seit zwei Jahren sei dort immer weniger Wasser angekommen - stattdessen sei es auf bisher unbekanntem Weg weiter in die Tiefe gesickert. Seitdem hätten Experten und Bergleute nach den Wegen des Wassers gesucht. Die jetzt entdeckte Kluft befindet sich der BGE zufolge in der Nähe der alten Hauptauffangstelle. Durch die Kluft sei das Wasser seitlich an der Folie der Auffangstelle vorbei geströmt. Die BGE versuche nun, das Wasser so zu lenken, dass es wieder zur Hauptauffangstelle gelangt.

Salzwasser ändert seinen Zufluss

Laut BGE hat sich der Zufluss des Salzwassers mehrfach verlagert. Im Herbst 2025 konnten demnach größere Mengen Lauge durch Erkundungsbohrungen abgepumpt werden. Seitdem habe sich der Zufluss weiter in Richtung Osten bewegt. Die Bohrungen sollen geweitet werden damit das Wasser stabiler aufgefangen werden kann. Generell sei das zufließende Salzwasser in der Schachanlage nach wie vor kein stabiles System, so das BGE. An der Kluft gebe es nur wenig Bewegungsspielraum. Deshalb prüfen die Expertinnen und Experten des BGE mehrere Optionen, wie das Salzwasser wieder stabil aufgefangen werden kann.

Rückholung des Atommülls bleibt Ziel

Die BGE hält daran fest, die Atomfässer zu bergen. Das Bergwerk stabil und die Fässer mit dem Atommüll möglichst trocken zu halten, seien Grundvoraussetzungen, um die strahlenden Abfälle irgendwann doch noch wieder herausholen zu können. Den geplanten Start für die Rückholung im Jahr 2033 halten Experten jedoch für unrealistisch.

Rückbau des Forschungsreaktors BER II in Wannsee verzögert sich weiter

Der Atomreaktor in Wannsee ist seit Jahren abgeschaltet. Doch der wahre Kraftakt beginnt jetzt erst – mit offenen Fragen, für die es kaum Lösungen gibt.

Stillgelegt ist er schon seit 2019. Doch der Ärger fängt jetzt erst richtig an. Beim ehemaligen Forschungsreaktor BER II in [Berlin-Wannsee](#) steht der Rückbau weiter in den Sternen. Wann es endlich losgeht? Unklar!

Abtransport ist nicht vor 2027 geplant

Das zuständige [Helmholtz-Zentrum Berlin](#) hatte ursprünglich gehofft, spätestens 2023 die nötige Genehmigung in der Tasche zu haben. Doch daraus wurde nichts. Jetzt heißt es aus der [Berliner Umweltverwaltung](#): Vor 2027 sei wohl nicht einmal mit dem Abtransport des radioaktiven Abfalls zu rechnen. Das berichtet der RBB.

Berliner Atommüll konnte nach NRW kommen

46 Jahre lang wurde in dem Reaktor mit radioaktiven Stoffen geforscht. Seit der Abschaltung wegen veralteter Technik ist klar: Das Ding muss weg. Aber wie? Und vor allem: Wohin mit dem Atommüll?

Bis Ende Januar konnten Bürger Einwände gegen die Pläne einreichen – 155 Stück sind es geworden. Brisant: Die meisten stammen nicht einmal aus Berlin, sondern aus [Nordrhein-Westfalen](#). Der Grund: Das dortige Zwischenla-

ger in Ahaus ist als möglicher Standort für hochradioaktiven Müll aus Wannsee im Gespräch.

Finanzierung der Kosten derzeit offen

Schon 2019 rechnete man mit rund 240 Millionen Euro für Stilllegung und Rückbau. Den Großteil sollte der Bund zahlen. Doch ob diese Summe angesichts der jahrelangen Verzögerung noch realistisch ist? Dazu will aktuell niemand etwas sagen. „Zur Finanzierung liegen bei der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde keine Zahlen vor“, heißt es von der Berliner Umweltverwaltung auf RBB-Anfrage. Das Helmholtz-Zentrum äußert sich derzeit mit Verweis auf das laufende Verfahren auf Nachfrage nicht dazu. Der mittel- und schwachradioaktive Müll soll zunächst auf dem Gelände am Wannsee in einem neuen Zwischenlager untergebracht werden. Später ist eine Einlagerung im umstrittenen Schacht Konrad bei Salzgitter geplant.

Umweltverbände klagen wegen Sicherheit der Lagerung

Doch auch dort herrscht Unsicherheit: Die [Bundesgesellschaft für Endlagerung \(BGE\)](#) rechnet frühestens Anfang der 2030er Jahre mit einer Inbetrieb-

nahme. Ursprünglich sollte das Endlager schon 2013 starten.

Zusätzlich laufen Klagen von Umweltverbänden wie [BUND](#) und [Nabu](#) vor dem [Oberverwaltungsgericht Lüneburg](#). Sie bezweifeln unter anderem die Sicherheit der geplanten Lagerung.

Aufgabe für viele Jahrzehnte

Kritiker warnen: Selbst wenn der Rückbau irgendwann beginnt, wird er Generationen beschäftigen. BUND-Verbandsprecher Matthias Krümmel sagte dem RBB, dass der Rückbau nach Beginn keine Sache von einigen Jahren, sondern eher von vielen Jahrzehnten sein dürfte. „Da rollen jetzt nicht zwei Jahre ein paar Bagger“, sagte er. „Wir werden das Ding da noch 70 bis 80 Jahre stehen haben.“

Und als wäre das nicht genug, stehen auf dem Gelände auch noch Überreste des Vorgängerreaktors BER I. Dessen Rückbau ist bislang nicht konkret geplant – obwohl Experten eine gemeinsame Lösung aus Effizienz- und Strahlenschutzgründen für sinnvoll halten.

Wie ist Ihre Meinung dazu? Bitte schreiben Sie uns: leser-bk@berlinerverlag.com

Wörter: 457
Autor/-in: Sebastian Krause
<https://www.berliner-kurier.de/autoren/sebastian-krause-li.10010239>
Rubrik: Berlin
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
85.335

Weblink: <https://www.berliner-kurier.de/berlin/atom-zoff-am-berliner-wannsee-reaktor-aus-aber-der-muell-bleibt-li.10020067>

Streit um AKW-Rückbau spitzt sich zu

Mehrere Genehmigungen für Brokdorf stehen noch aus – doch wer hat Schuld daran?

Kay Müller

Brokdorf

Der Vorwurf wiegt schwer: „Wir müssen konstatieren, dass die Behörde ihrer Pflicht, Genehmigungen in einem angemessenen Zeitrahmen zu erteilen, in keiner Weise nachkommt“, sagt die Sprecherin des Betreibers des Kernkraftwerks Brokdorf, Preussen Elektra, Almut Zyweck. „Unter diesen Umständen kann Preussen Elektra einen unverzüglichen Rückbau – wie gesetzlich vorgeschrieben – nicht umsetzen und befürchtet einen erheblichen Schaden für das Unternehmen.“

Streitpunkt Halle zur Transportbereitstellung

Konkret bemängelt Zyweck, dass das Ministerium zu lange für Genehmigungen zum weiteren Abbau des Atomkraftwerks an der Elbe brauche – etwa für die der Transportbereitstellungshalle (TBH), in der der Konzern schwach- und mittelradioaktive Teile zwischengelagern will, bis frühestens 2030 das Endlager Schacht Konrad in Niedersachsen betriebsbereit ist. Zyweck fürchtet, dass die Halle in einem Jahr zwar betriebsbereit, aber nicht genehmigt ist. Ministeriumssprecherin Clara van Biezen sagt aber, dass der Zeitplan zu halten ist. Dennoch ist Druck auf dem Kessel, die Streitereien zwischen Betreiber und Aufsichtsbehörde sind jetzt so weit eskaliert, dass Preussen Elektra das Land wegen Untätigkeit beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht verklagt. „Preussen Elektra sah sich gezwungen, diesen Schritt zu unternehmen, um den unverzüglichen Rückbau wie gesetzlich vorgeschrieben umsetzen zu können und gleichzeitig das Unternehmen vor weiterem Schaden zu schützen“, sagt Zyweck. Das Ministerium will das laufende Verfahren nicht kommentieren, allerdings heißt es, dass es im Kraft-

werk in jüngerer Vergangenheit eine Reihe von meldepflichtigen Ereignissen und Auffälligkeiten beim Umgang mit Brennelementen und Castor-Behältern gegeben habe. Das sei auffällig und in anderen Kernkraftwerken so nicht passiert.

„Nach über 40 Jahren lassen wir die Hochrisiko-Technologie Atomkraft endlich hinter uns“, sagt Umweltminister Tobias Goldschmidt, der für die Atomaufsicht zuständig ist. „Auf den letzten Metern wäre Nachlässigkeit ein großer Fehler. Der Schutz der Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung steht für mich an vorderster Stelle. Sorgfalt und Gründlichkeit prägen die Arbeit der Atomaufsicht und wir erwarten dies auch vom Betreiber.“ Und nicht nur das, so der Grünen-Politiker: „Ich habe meinen Amtseid nicht auf einzelne Konzerninteressen geschworen, sondern darauf, Schaden vom Volk abzuwenden.“

Zyweck klagt, dass das Genehmigungsverfahren für die TBH seit acht Jahren läuft. Van Biezen bestätigt das, sagt aber, dass zur Prüfung des Antrags eine Vielzahl weiterer Unterlagen notwendig sei. „Diese wurden von Preussen Elektra jedoch nur nach und nach im Laufe des Genehmigungsverfahrens vorgelegt.“ Zuletzt habe der Betreiber noch im Jahr 2025 Unterlagen für die TBH eingereicht. „Auch die Qualität von Antragsunterlagen hat einen Einfluss auf die behördliche Bearbeitungsdauer.“

Zyweck fürchtet, dass sich die Demontage des Reaktordruckbehälters (RDB) und damit der ganze Rückbau verzögern könnte. „Über die Detailplanungen zum Ablauf der Zerlegung der RDB-Einbauten hat Preussen Elektra uns nicht informiert“, sagt van Biezen. „Daher kann die Frage, inwieweit der Beginn der Zerlegung tatsächlich von der

Verfügbarkeit der TBH abhängt, von unserer Seite nicht abschließend bewertet werden. Es wäre jedoch zu erwarten, dass entsprechende Abhängigkeiten in den an uns kommunizierten Zeitplänen bereits berücksichtigt worden sind.“

Wann Preussen Elektra die Genehmigung bekommt, dazu sagt van Biezen nichts: „Die tatsächliche behördliche Bearbeitungsdauer hängt im Wesentlichen vom Zeitpunkt der Vorlage von gesetzlich geforderten Antragsunterlagen sowie deren Qualität ab. Preussen Elektra hat selbst ganz maßgeblich zur Dauer des Verfahrens beigetragen, indem die erforderlichen Antragsunterlagen nur sukzessive über viele Jahre eingereicht wurden.“

Konzern kritisiert Kontrollregime

Zyweck sagt dazu: „Wir erleben ein Kontrollregime, das strenger ist als im Leistungsbetrieb und mehr als 2500 Einzelzustimmungen für den gesamten Rückbau vorsieht.“ Im ersten Jahr seien davon nur rund 50 erteilt worden. „Ein solches Tempo macht einen planmäßigen Rückbau unmöglich. Wenn sich an diesem Verwaltungshandeln nichts ändert, wird der Rückbau mehrere Jahrzehnte dauern – mit gravierenden Folgen für unser Unternehmen, die Beschäftigten und die Zukunft des Standorts.“

Gut ein Jahr nach Erhalt der Rückbaugenehmigung gebe es jedenfalls keinen nennenswerten Rückbaufortschritt. Der Grund dafür seien „extrem langwierige und unverhältnismäßig detaillierte Genehmigungs- und Prüfprozesse des Umweltministeriums“, sagt Zyweck. „Während vergleichbare Anlagen in Niedersachsen und Bayern im ersten Rückbaujahr Hunderte Tonnen Material demonstrieren konnten, waren es in Brokdorf lediglich zehn.“

Wörter: 628
Seite: 6
Ressort: Schleswig-Holstein
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 966 (gedruckt)
811 (verkauft)
839 (verbreitet)
Reichweite²: 0,0071 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Haldensleber Volksstimme

Wohin mit dem Atommüll?

Bundesweit wird nach einem möglichen Standort für ein atomares Endlager gesucht. Während einige Regionen im Landkreis Börde ausgeschlossen sind, könnte es andere noch treffen.

Von Till Frieling

Haldensleben/Landkreis Börde. Sicherheit für mehr als eine Million Jahre soll es bieten – ein Endlager für den atomaren Müll, der sich in Jahrzehnten der Nutzung von Kerntechnik angesammelt hat. Die Experten der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) schauen sich auf der Suche nach einem geeigneten Standort das gesamte Bundesgebiet an. Auch in der Börde gibt es noch Gegenden, die weiterhin als Endlager für den strahlenden Abfall infrage kommen könnten.

Über den aktuellen Stand der Suche und die bisherigen Ergebnisse für die Börde informierte Denis Gruber, Dezernent für Infrastruktur und Umwelt beim Landkreis Börde, die Kreistagsmitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Bau und Umwelt in ihrer vergangenen Sitzung.

Kein Endlager in Morsleben

Weite Teile Deutschlands seien demnach bei der Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager mittlerweile ausgeschlossen worden. Nach Einschätzungen des BGE komme zurzeit nur noch gut ein Viertel der Landesfläche infrage. Zu den Regionen, die mittlerweile nicht mehr in Betracht kommen, zählten unter anderem die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland sowie weite Teile von Nordrhein-Westfalen. Sachsen-Anhalt sei aufgrund seiner geologischen Beschaffenheit aber weiter ein zentraler Bestandteil der Suche,

erklärt Gruber auf Nachfrage der Volksstimme.

Für die Suche sei demnach die gesamte Landesfläche in einem ersten Schritt nach bestimmten Ausschlusskriterien überprüft worden. Flächen, die dabei nicht als sogenannte „Teilgebiete“ eingestuft wurden, gelten laut Gruber bereits als geologisch ungeeignet und seien daher nicht weiter betrachtet worden. Von den ausgewiesenen Teilgebieten seien noch etwa 20 Prozent in Bearbeitung. Eine abschließende Bewertung stehe daher noch aus.

Im Landkreis Börde sei die Situation zweigeteilt, erklärt Gruber. Mit Morsleben sei etwa ein prominenter Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Müll bereits vom Tisch. Das dort existierende Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wurde für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll bereits 2020 ausdrücklich ausgeschlossen. Derzeit werde alles für die Stilllegung der Schachanlage von Morsleben vorbereitet.

Der Süden gilt als ungeeignet

Die sogenannte „Flechtinger Scholle“ und südlichere Bereiche wurden laut Gruber bereits auf ihre Eignung hin geprüft. Aus dem Untersuchungsbericht der BGE für 2025 gehe hervor, dass die Gesteinsschichten hier nicht mächtig genug seien, um als Standort für ein atomares Endlager infrage zu kommen.

Die Anwohner im südlichen Teil der Börde und bei Oschersleben müssen sich

wohl keine Sorgen machen, dass vor ihrer Haustür abgebrannte Brennstäbe unter die Erde gebracht werden. Die Gegend wurde laut Gruber als weitestgehend ungeeignet eingestuft.

Andere Teile des Landkreises werden laut aktuellem Stand aber noch weiter untersucht. Die Gebiete im Norden der Börde blieben wegen ihrer mächtigeren Gesteinsschichten wohl noch länger im Fokus bei der Endlagersuche, erklärt Gruber.

Höhenzug im Fokus

Betroffen sind davon unter anderem Oebisfelde-Weferlingen und Flechtingen. Während das Kristallingestein im Flechtinger Höhenzug an Bedeutung für die Endlagersuche verliere, blieben die angrenzenden Ton- und Salzschieben im Norden und Westen der Verbandsgemeinde Flechtingen weiter im Fokus. Diese Gebiete gehörten zu den Flächen, die durch die BGE bis 2027 noch genauer untersucht werden müssten, um sie gegebenenfalls entweder zu Standortregionen zu erklären oder endgültig auszuschließen.

Auch in der Umgebung von Haldensleben gebe es noch Zonen, die weiter untersucht würden, teilt Gruber mit. Weite Teile des Umlandes seien bereits abgestuft worden. Spezifische tiefliegende Salzschieben befinden sich laut dem aktuellen Stand der Endlagersuche aber noch in der Detailprüfung.

Wörter:	527	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	17 bis 17	Auflage ¹ :	5.881 (gedruckt)
Ressort:	Lokal		6.344 (verkauft)
Rubrik:	Haldensleben		6.801 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,01613 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025



Nukleare Entsorgung

Bei Atommüll die Blaupause für die ganze Bundesrepublik

Hochrangige Bundesbehördenvertreter skizzieren den Weg zur verlängerten Zwischenlagerung in Gorleben – Bürgerinitiative droht mit Klage gegen das Verfahren

Lüchow/Gorleben. Das Gesamtbild der geplanten verlängerten Zwischenlagerung von hoch radioaktivem Atommüll in Gorleben zeigt sich nach der Sitzung des Atomanlagen-Ausschusses am Dienstag im Lüchower Gildehaus etwas deutlicher. Dazu trugen die hochrangigen Gäste bei, die den Ausschussmitgliedern und den anwesenden Mitgliedern der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Fragen beantworteten. Zwischen dem Ausschussvorsitzenden Martin Donat (Soli) und Landrätin Dagmar Schulz hatten im Gildehaus der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Christian Kühn, und der Abteilungsleiter für Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz im Bundesumweltministerium, Andreas Sikorski, Platz genommen. Mit am Tisch saß auch Oliver Pietsch, der kommissarische Leiter der Abteilung für Atomaufsicht und Strahlenschutz des niedersächsischen Umweltministeriums.

Gruppenbild zum Abschluss der Sitzung des Atomanlagen-Ausschusses im Lüchower Gildehaus: Oliver Pietsch (Landesumweltministerium, von links), Dagmar Schulz (Landrätin, parteilos), Christian Kühn (BASE), Martin Donat (Ausschussvorsitzender, Soli) und Andreas Sikorski (Bundesumweltministerium).

Foto: J. Heymann

Dieses Expertentrio teilte den Lüchow-Dannenger mit, wie der Fahrplan für Gorleben aussehen soll. Gorleben

sei die Blaupause für alle anderen deutschen Zwischenlager, betonten sie mehrfach. Die verlängerte Zwischenlagerung sei "eine Pionierarbeit für die nächsten 20 Jahre", sagte Sikorski, man befinde sich in einem lernenden Prozess. Kühn umschrieb die Lage so: Man komme aus einer alten Welt, als Atomkraftwerke noch Strom produzierten.

Erscheinungstag: 04.09.2025 Kategorie: Lüchow-Dannenberg Standort: Lüchow/Gorleben Hoch radioaktiver Atommüll

Streit um Castoren: "Sie machen sich hier keine Freunde"

Behördenvertreter bleiben in Lüchow vage zur verlängerten Zwischenlagerung in Gorleben – lokale Politik zeigt sich enttäuscht und stellt Forderung

Kein grundlegend neues Regelwerk

Die fehlende Erfahrung zeigt sich am aus dem Wendland immer wieder geforderten einheitlichen Regelwerk für die verlängerte Zwischenlagerung. Es werde nichts grundlegend Neues geben, erklärte Sikorski, denn mit dem sogenannten KTA-Regelwerk (Kerntechnischer Ausschuss, es enthält 97 Festlegungen) existiere schon eines. Nur müsse dieses nun auf die neue Situation ohne AKW-Betrieb, aber dafür mit Schwerpunkten auf Abbau, Stilllegung und Atommüll-Lagerung reduziert werden. Anfang 2027 sollen die Standards stehen, blickte Sikorski voraus. Umweltministerium und BASE wollen lieber mit Richtlinien arbeiten, um bei Änderungen infolge des technischen und wis-

senschaftlichen Fortschritts flexibel zu bleiben. Asta von Oppen, beratendes Mitglied im Ausschuss, hielt dagegen: "Wir müssen uns auf irgendetwas verlassen können, und das muss eine Form haben."

Bürgerinitiative will sich einbringen

Neues war auch zum in diesem Sommer erwarteten befristeten Verlängerungsantrag der Zwischenlagerbetreiberin, der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), zu hören. Der Antrag werde nicht komplett sein, sondern sich im Wechselspiel zwischen BGZ und der Genehmigungsbehörde, dem BASE, entwickeln, erfuhren die Ausschussmitglieder. Auch da hatte von Oppen nach: Man wolle über jeden Schritt zwischen BGZ und BASE Bescheid wissen, forderte sie. BASE-Präsident Kühn kündigte ein wiederkehrendes Konferenzformat an, durch das Interessierte auf dem Laufenden bleiben sollen. Die Reaktion der Wendländer war vergleichsweise harsch: Man wolle nicht ein weiteres Mal von oben beriebelt werden, hieß es. Man wolle stattdessen konkret über Dinge und Sorgen sprechen, nahm Kühn mit.

Auch die BI griff diesen Aspekt später in öffentlicher Runde noch einmal auf: "Wir wollen uns proaktiv einbringen, um für mehr Sicherheit Sorge zu tragen", machte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke den Behördenvertretern ein Angebot. Aber nur so lange, wie die Vorschläge auch aufgegriffen werden. Ehmke sprach von "einem dumpfen Gefühl, dass hier nicht sauber gespielt

wird". Zum möglicherweise ersten Mal drohte die BI den Fachleuten öffentlich mit einer Klage in der Sache der verlängerten Zwischenlagerung. Nach der Ausschusssitzung war aus BI-Kreisen zu hören, dass "die Kriegskassen gefüllt" seien. Sikorski, Kühn und Pietsch erklärten mehrfach, bestimmte Punkte als Anregungen mit in ihre Behörden zu nehmen.

Smalltalk nach dem Ausschuss: BASE-Präsident Christian Kühn (von links) redet mit BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, Beraterin Asta von Oppen und Kreistagsmitglied Hanno Himmel (Grüne).

Foto: J. Heymann

Behördenvertreter bleiben bei Sicherungsmaßnahmen vage

Gerne hätten die Ausschussmitglieder und die BI-Anwesenden Detailliertes über die Sicherungsmaßnahmen der Atommüllzwischenlagerung erfahren. Aber da ließen sich wie schon andere Behörden-Gäste des Ausschusses zuvor weder Kühn noch Sikorski in die Karten schauen. Man sei an Gesetze gebunden, hieß es. Immerhin gab es die lose Offerte einer Expertenrunde – gegen schriftliche Versicherung der

Geheimnisbewahrung. Der BASE-Präsident versicherte den Lüchow-Dannenbergern, dass die Sicherung der Anlage nach aktuellem Stand ein ganz zentraler Punkt im Genehmigungsverfahren sei. Sikorski griff die Sorgen der Einheimischen etwa nach Drohnenabwehr oder Stromausfall durch Sabotage auf: "Solche Dinge werden von den Sicherheitsbehörden laufend neu betrachtet." Und es gelten überall in Deutschland dieselben Regeln für Zwischenlager, betonte er mehrfach.

Erscheinungstag: 30.10.2025 Kategorie: [Lüchow-Dannenberg](#) Standort: [Lüchow/Gorleben Atommüll im Wendland](#)

Ein neues Gesicht trifft auf alte Skepsis

Die BGZ hat mit Clara Utsch nun eine Managerin für Bürgerbeteiligung an der verlängerten Zwischenlagerung – und die spürte sogleich die Unzufriedenheit der Lüchow-Dannenger

BGZ erläutert Details zur verlängerten Zwischenlagerung

Im Lüchower Gildehaus sind die Mitglieder der neuen Dialoggruppe zu ihrer ersten Sitzung zusammengekom-

men. Stefan Weber, Leiter der Genehmigungsabteilung der BGZ, teilte dort mit, dass man "eine befristete Genehmigung zur Aufbewahrung nach dem Atomgesetz beantragen" werde, ohne aber einen konkreten Zeitraum zu benennen. Weber beschrieb die rechtlichen und fachlichen Rahmenbedingungen des Genehmigungsverfahrens. Die BGZ wolle den Antrag in diesem Sommer bei der Genehmigungsbehörde, dem BASE, einreichen. Dieser werde sich ausschließlich auf die bereits eingelagerten 113 Behälter mit hoch radioaktiven Abfällen beziehen. Die Dialoggruppe setzt sich aus Vertretern von Kommunen und Organisationen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg sowie aus gelosten Bürgern zusammen. Das nächste Treffen ist für den 19. März geplant.

Bei der ersten Sitzung der Dialoggruppe im Lüchower Gildehaus tauschten sich die Mitglieder und BGZ-Vertreter zum Genehmigungsverfahren der verlängerten Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle in Gorleben aus.

Foto: BGZ

Wörter: 959
Autor/-in: Jens Heymann
Rubrik: Menü
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe 7.150

Weblink: <https://www.ejz.de/lokales/atommuell-blaupause-fuer-ganze-bundesrepublik-id488775.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2025